

Wünsche an, so ergibt sich, daß mit Rücksicht auf die tatsächliche Anschließung der Juden von fast allen staatlichen Stellungen — das gesamte Verwaltungsgeschäft, die militärische Berufstätigkeit, die Tätigkeit an Staatsgütern, der staatsanwaltschaftliche Beruf, und in manchen Ländern — so namentlich in Sachsen — auch der richterliche Beruf ist ihnen verschlossen — ihr Anteil an den wenigen ihnen offenstehenden Berufsstellungen gegenüber den an sich gleichwohl dem deutschen Bürger offenstehenden Tätigkeitsgebieten in Staatsstellungen das gesamte Verhältnis nicht übersteigt! Andererseits aber ergibt sich, daß in Ländern, wo die Gleichstellung völlig herbeigeführt ist, wie in England, Holland, den Vereinigten Staaten, die Juden keinen hervorragenden Anteil in irgend einem Berufsstände staatlichen Stellungen besitzen, daß vielmehr, wo nur nach der Individualität, nicht nach Glauben oder Stamm die Menschen beurteilt und behandelt werden, Christen und Juden an Bedeutung, an Fröhlichkeit, Tugenden und Leistungen sich gleichsetzen und auch im Staatsleben gleich gemüthlich werden.

Dazu kommt noch Lamoulin ein zweites, daß nämlich eine Minorität — und namentlich eine unter politischem oder sozialem Druck lebende — sich leichter zusammenschließt und durch einen solchen Zusammenschluß an Bedeutung gewinnt. So erklärt es sich beispielsweise, daß obwohl Protestanten nur in ganz geringer Anzahl in Frankreich vorhanden sind, sie doch zu einer Regierung zwei Minister gestellt haben! Leroy-Beaulieu erklärt es für einen großen Fehler, die Behauptung aufzustellen, daß die Juden an der Spitze der kapitalistischen Klasse ständen. Eine unmaßige Menge Juden lebt im größten Elend! Klagt man sie hier an, daß sie Vermögenmassen an sich ziehen, so tabelt man es in England und in Amerika, daß sie die Börsen herabpressen, weil sie in ihrer unfähigen Armut Arbeit zu Spottpreisen übernehmen, um kümmerlich ihren Lebensunterhalt zu erwerben. Der russische Jude, besonders im Schneiderhandwerk, ist das Mittel und das Opfer des „sweating system“. Die Migration in jenen Ländern gegen diese Unglücklichen hat dieselben Gründe wie die der französischen Arbeiter gegen die italienischen oder der Amerikaner gegen die Chinesen.

Der Antisemitismus ist eine Form des Sozialismus. „An jenem Tage, — so schließt Leroy-Beaulieu — an welchem die Masse auf den schuldvollen Rat ihrer Führer auf die Häuser der Juden sich stürzen würde, wird es den Christen nichts nützen, wenn sie zu ihrem Schutz, wie dies die Russen vor den antisemitischen Aufstrebungen Klein R. Lands thaten, ein Kreuz oder eine heilige Jungfrau an ihren Thüren anbringen. Der revolutionäre Sozialismus wird sich durch die Antisemiten nicht eindämmen lassen, er würde in seinem Naturzustand Juden wie Christen zermettern.“

Und das beste Mittel gegen den Antisemitismus ist die Durchführung der Erkenntnis Bismarck's: „Juden, Christen, Muselmänner können Menschen ungleichen Werths sein, allein wir dürfen a priori keinen Unterschied zwischen ihnen machen. Ihr individueller Wert muß der Maßstab für unsere Beurteilung sein.“

Es charakterisiert die wirklich liberale Gesinnung der „Société de l'Economie Politique“, daß am Schluß der Diskussion der Vizepräsident der Gesellschaft, der Molinari vorwort, ob begründungslos, daß in ihrer Gesellschaft, treu ihrer liberalen Tradition, kritische Proteste sich erheben können gegen eine Bewegung, die auch er als eine der schimmlichsten Formen des Protektionismus erachtet. (Frankf. Bzg.)

Politische Rundschau.

Parlamentarisches. Der Antrag Prinz Carolath-Röhlde, betreffend die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit für die Zeit des Bestehens der neuen Friedensverträge, wurde gestern im Reichstage eingebracht. Die Einleitung des Art. II der Heeresvorlage lautet: „Für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis zum 31. März 1899 treten bezüglich der Dienstzeit die folgenden Bestimmungen in Kraft.“ Diese Einleitung soll nach dem Antrag Carolath und Großen folgenden Wortlaut erhalten: „Für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis zum 31. März 1899 treten bezüglich der aktiven Dienstpflicht folgende Bestimmungen in Kraft, welche für die spätere Zeit auch so lange gelten, als die Friedensverträge nicht unter die im Artikel I § 1 Absatz 1 bezeichnete Zahl herabgesetzt werden wird und die

anderer ihre Komiker werden,“ brummte der offizielle Vertreter der Romik. „Es wird Zeit, daß wir die Probe beginnen,“ befahl der Direktor, „sonst kommt uns die Bit der Vorstellung über den Hals. Wir halten die Probe gleich im Hofraum. Für Sie, meine Damen, ist ein Kammerchen in der Dachterasse reserviert. Sie werden sich hoffentlich vertagen. Apropos, Fräulein Schnober, verstehen Sie sich ein wenig auf die Schneidererei?“

„O so ziemlich,“ entgegnete diese mit einem Knix. „Nun, das ist sehr gut, das Kostüm der Gholi dürfte etwas zu weit für das Fräulein sein und es muß in aller Eile arrangiert werden. Sie werden das besorgen?“

„Zu Diensten, Herr Direktor.“ „Allo, man mache sich bereit. In einer Viertelstunde beginnt die Probe; wer länger als eine halbe Stunde anbleibt, hat Gegenanzeige zu gewärtigen.“

„Abzug von der Wage, die man nicht ausgezahlt erhält,“ brummte der Komiker.

„Auf Wiedersehen, schöne Fräulein,“ sagte der Darsteller des Don Carlos mit einer ziemlich plumpen Verneigung; „von Verloren schon noch gute Freunde werden, wenn wir erst ein paarmal „Liebste“ gespielt haben.“

Das junge Mädchen erwiderte darauf garnichts, sondern ging mit ihrer Begleiterin nach dem Gasthause, von dessen erstem Stockwerk noch eine hölzerne Treppe in die Dachterasse führte. Die Dienstmagd führte sie in eine Kammer, welche durch ein paar Löth zusammengefügte Bretter, die die Thür bilden mußten, vom übrigen Dachraum getrennt war. Oben an der linken Ecke lag man die roten Beizegen. In der sonst ziemlich geräumigen Kammer stand ein einzelnes breites Bett mit nicht mehr jungfräulicher Wäsche, auf einem Schmel ein braunhörnernes Waschbecken neben einem großen

in § 2 vorgezeichneten Reformationen erhalten bleiben.“

Wenn die zweijährige Dienstzeit nicht festgelegt wird gemäß dem Antrag Carolath, d. h. für die Dauer der jetzt zu bewilligenden Friedensvertragsfrist, so sollen die Militärischen eine große That thun. Dies verlangt noch kurz vor Thoreschluß die „Richter Zeitung“, welche ihre nähere Gesinnungseröffnung wie folgt anbreitet:

Jedenfalls ist im Abgeordneten der freistimmigen Vereinigung dringlich anzurathen, daß sie in diesem Punkte festhalten, d. h. daß sie weigern sollte, der Festlegung der zweijährigen Dienstzeit in der so harmlosen Form des Antrages Carolath zuzustimmen. Die Regierung hat dann die Verantwortung für das Scheitern der Vorlage und für alle Folgen, die sich daraus knüpfen, zu übernehmen. Wir erwarten, daß die Redner der freistimmigen Vereinigung bei der zweiten Beratung unparteiisch für sich stehen werden, daß es auch für sie ein: „bis ich er und nicht weiter!“ gibt.“

Die „Volksztg.“ verhöhet darauf die „Gefinnungsbüchigen“ Richter, Meyer & Co. wie folgt: Die „Richter Zeitung“ scheint das bringende Bedürfnis empfinden zu haben, sich von den Militärischen fremdbestimmt anlassen zu lassen. Von den Sozialisten haben doch bereits am 6. Mai die Herren Maager, Meyer, Schöder ohne jede Bedingung für den Antrag Haene gestimmt, und was die übrigen Mitglieder der kleinen Gruppe Richter-Barth anbetrifft, so muß nachgerade auch dem naivsten Gemüthe klar geworden sein, daß die militärische Parole dieser Herren ist: „bis hierher und noch weiter, viel weiter!“ Denn „Militärsorgen“ sind keine Bringsfragen! Nach wenigen Tagen wird die „Richter Zeitung“ lesen, wie kindlich ihre „Erwartung“ war.

Die „ehrlichen“ und „patriotischen“ Polen. Die polnischen Reichstagsabgeordneten haben also, wie wir gestern mitteilen konnten, trotz aller gegenteiligen Behauptungen sich einmüthig für die Militärvorlage erklärt. Die Ueberredungskunst des Herrn v. Roskicak und Genossen über die Fraktionszwang dieses Ergebnis herbeigeführt, lassen wir dahingestellt. Das aber steht fest, daß die Polen nicht aus Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Vorlage dafür stimmen, sondern aus Gründen, die mit ihr nichts zu thun haben. Herr Dr. v. Jagzewski erklärte offen, daß sie für ihre Zustimmung den Dank der Regierung in einer freundlicheren Behandlung der Polen erwarten. So etwas nennt man sonst do-ut-des-Politik (Politik nach dem Grundsatz: Ich gebe, damit Du gibst!) Keine andere Partei hat gewagt, ihre Zustimmung mit der Hoffnung auf Belohnung zu begründen. Es ist ein alter Vorwurf gegen das Zentrum, daß es do-ut-des-Politik treibe. Seine Gegner haben stets eine solche Politik in all seinem Thun gefunden. Man, wo die Polen die rückwärtsstößende do-ut-des-Politik treiben, ernten sie säkularischen Beifall von den Freunden der Regierung, die empört gewesen sein würden, wenn diese selbe Politik sich in die Formel gekleidet hätte: weil wir nichts erhalten haben, geben wir nichts. Herr v. Jagzewski vermahnte die Polen dagegen, daß sie aus Liebedienlichkeit handeln; er hätte auch gegen die Insinuation Einspruch erheben sollen, als ob sie etwa aus Ueberzeugung handelten. Sie sind seit dem „neuen Kurs“ die gouvemenmentalste und demüthigungslustigste von allen Parteien. Was dem bisherigen Ergebnis werden sie aber selbst wohl wenig zuschreiben sein. Die Parteien, die ihnen heute Beifall spenden, sind nach wie vor die giftigsten Polenfeinde, und wie die Regierung steht, darüber hat der Kultusminister Dr. Wesse doch keinen Zweifel gelassen. „Die Polen hoffen, direkt beim Kaiser sein Kind zu werden.“ So schreibt die „Rheinische Volks-Zeitung“ und bemerkt dazu: „Ihre Falsch-Politik hat ihnen bis jetzt wenig eingebracht; wohl aber wird ihnen dadurch die einzige Partei, bei der sie stets ungenügende Unterstützung ihrer berechtigten Forderungen fanden, mehr und mehr entfremdet. In Westpreußen sind wohl die deutschen Katholiken so ziemlich alle Gegner der Polen, und das Verhalten der letzteren bei den jüngsten Wahlen hat dem Faß vollends den Boden ausge schlagen.“

Die Nationalliberalen thun sich viel auf die Vermehrung der nationalliberalen Abgeordneten im Reichstage zu gute und folgern aus derselben ein Aufsteigen der nationalliberalen Partei. Wie es aber damit in Wirklichkeit steht, zeigt die „Konf. Korv.“, das Organ der deutschkonservativen

Handtuche, eine große Tasse, ein Tisch und ein halberbrochener Spiegel.

„Hier ist dem Wamsells ihr Zimmer,“ sagte die Magd ziemlich geringschätzig; „wenn die Wamsells was brauchen wollen, mögen sie zu mir in den Garten kommen.“

„Können wir denn nichts zu essen bekommen?“ fragte das jüngere Fräulein.

„Guter, Brot und Käse, etwas Butter?“

„Können wir denn nichts Warmes haben?“

„Warmes? Die Essenzeit ist vorüber und der Kaffee auch. Außerdem ist auch die „Madame“ nicht zu Hause.“

„Die Madame, die Madame; es ist mir ganz egal, ob die Madame zu Hause ist oder nicht; ich habe noch nicht zu Mittag gegessen und das Fräulein auch nicht. Wir müssen uns rehaunieren. Wenn Sie also nichts vorrätig haben, so fochen Sie oder braten Sie uns etwas.“

„Ja? Dazu bin ich nicht da; das ist der „Madame“ ihre Sache.“

„Nun, das scheint mir ein merkwürdiger Gasthof zu sein, wo die Gäste auf die Madame zu warten haben. Sie sind wohl noch nicht lange hier im Gasthose und wissen nicht, was in einem Gasthose Brauch ist?“

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Die Kraft einer Bohne. Was kann denn die Bohne für eine Kraft haben? wird man fragen, und gerade diese Frage wollte auch Herr Bruchmann, ein bekannter Physiolog, ganz genau beantwortet wissen, denn das ist eine Kraft, und zwar eine recht beträchtliche, inermesslich, wußte er wohl. Wenn die Anatomie die Schädelknochen aus den Fugen bringen wollen, so schlagen sie schon seit langer Zeit ein eigenmächtiges Verfahren ein. Sie fällen die trockne Schale des Schädels mit kleinen Bohnen an und tauchen die Schale in ein Gefäß mit Wasser. Nach einiger Zeit bringt das Wasser in die Bohnen, diese

Partei, welche gegen Herr v. Bennigsen ausführt: Nicht der Rationalismus als solcher hat Befriedigung erlangt, sondern es ist, wie aus der Wahlfahrt hervorgeht, das Gegentheil eingetreten, die Rationalisten haben eine erhebliche Abnahme an Wählerstimmen zu verzeichnen. Herr v. Bennigsen sollte also, statt sich auf das hohe Pferd zu setzen, endlich einmal aufsteigen, sich ohne Grund an den Konservativen, die seiner Partei wieder einmal die Kasernen aus dem Feuer geholt — und es gebührt wahrlich der ganze Patriotismus und die ganze Langmut unserer Parteizustellen dazu — zu reiben.

Geld herr, deutscher Steuerzahler! Ein dem Bundesrat zugegangener Nachtragsetat befreit die zur Durchführung der Militärvorlage für das laufende Etatsjahr erforderlichen Rechte auf 71 200 000 M., wovon circa 25 000 000 M. auf die fortbauenden, durch Matriculaturlagen zu bedeckenden Ausgaben und 48 000 000 M. auf die einmaligen Ausgaben entfallen, welche mittels Anleihen aufzubringen sind. Die fortbauenden Ausgaben betragen für Preußen, Sachsen und Württemberg ca. 19 700 000 M., für Bayern 2 500 000 M. Die einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats belaufen sich für Preußen auf 27 900 000 M.; für Sachsen auf 3 500 000 M.; für Württemberg auf 2 800 000 M.; für Baden auf 2 000 000 M.; die an Bayern zu zahlende Quote auf 4 800 000 M. Hierzu kommen noch für Preußen, Sachsen, Bayern und Württemberg zusammen auf 48 000 000 M. einmalig: Anleihen. Die durch Anleihen zu beschaffenden Mittel werden aller Wahrscheinlichkeit nach noch im laufenden Etatsjahre flüssig zu machen sein, und demgemäß wird für das Halbjahr eine Erhöhung der Ausgaben für Verzinsungen um 1 Million eintreten.

Wozu kein Geld vorhanden ist. Dortmund, 12. Juli. Kurz vor den Wahlen machte ein Artikel die Kunde durch die Zeitungen, wonach auf dem Wahnhofe Soest eine Anzahl Bahnarbeiter entlassen worden seien, weil Esparronoffe gemacht worden sollten. Seitens des Betriebsamts Esparronoffe wurde zwar eine „Richtigstellung“ erlassen, in der jedoch die Entlassung zugegeben wurde. In der gefrigen Sitzung der hiesigen Strafkammer kamen die Verhältnisse auf dem Wahnhofe Soest zur Sprache. Ein Richter hatte sich wegen sachlicher Erklärung eines Eisenbahntransportes zu verantworten. Es stellte sich heraus, daß der Wahnhof überhaupt sehr ungenügend sei, da er ein Gefälle von 1:300 hat. Dabei ist das Gefälle von so knapp bemessen, daß, wenn keine Verengung eintreten soll, alle vorgezeichneten Sicherheitsmaßregeln gar nicht ausgeführt werden können. Die Arbeiter müßten 12 Stunden Dienst, fast ohne jede Pause, das Gefälle hinab in je zufälligen Baufen verfahren. Der Vorsteher des Gefälles bemerkte selbst, es sei Zeit, daß die Oberbehörde einschreite und wenigstens das nötige Personal bewillige. Wollte die Oberbehörde ein solches Personal auf dem Wahnhofe Soest bewilligen, so würde die Verhältnisse auf dem wichtigen Bahnhofe in westfälischen Bezirk. — Was aber, wenn der Stand der Dinge zur Kenntnis des Herrn Ministers gelangt? Der Moloch frisst ja alle Einnahmen auf!

Die Duellaffaire des ultramontanen Grafen Schulerberg, bei der bemühlich der letztere aus religiösen Gründen die Duellforderung abgelehnt hatte, hat nachträglich doch noch zu einem blutigen Ausgang geführt. Für den Grafen Schulerberg war nach einer weiteren Veröffentlichung des Verfassers Hilgers der Verzeigerabdruck Hubert Fruch eingetreten, anknüpfend nachdem zuvor eine gereigte persönliche Auseinandersetzung zwischen den beiden Verzeigerabdruckern erfolgt war, und es fand Dienstag früh in der Umgegend von St. Johann ein Pistolenduell statt, wobei Verzeigerabdruck Fruch nach dem Duell selbst der Wunde erlag. — Demohi, wie unsere Leser wissen, der Verzeigerabdruck Hilgers der Forderer, also der Ulfener des Duells war, so ist doch der Referendar Fruch, der auch Referendar war, ein solches Verzeigerabdruck zu achten und sollte als solcher behandelt werden. Mann wird es endlich einmal dahin kommen, daß die Duellanten als Mörder und Todtschläger behandelt werden? Dies ist der einzige Weg, um die graffierende Duellweise zu beseitigen.

quellen an und der von innen nach außen gleiches Druck ist so groß, daß die Knochen sich von einander lösen, daß dieser sogar knochige, festgelegte Ränder abgebrochen werden. Alle quellen des Bohnen rücken mehr oder weniger große Verengungen an. Herr Verzeiger hat nun den durch Bohnen ausgedehnten Druck gemessen. Er nahm einen feinen Behälter, in welchem man gewöhnlich Quecksilber ansetzt, und ein gewöhnliches Liter Bohnen in ein solches drei Liter enthaltendes Gefäß, besetzte in der Mitte eine mit Wasser gefüllte Bohne aus Kavuitat an eine kleine luftleere Röhre, welche mit einem Bourdonischen Manometer in Verbindung gebracht war. Nun wurde abgemessen, bis die Bohnen leicht waren. Der auf die Kavuitat gleich ausgeübte Druck übertrug sich durch die Röhre auf das Manometer. Dessen Nadel stieg bis zum höchsten Stande an, also den durchschnittlichen Druck eines Dampfmaschinenzylinder! Nun schloß man, wie es Bohnen auf einen Liter gefüllt und man erhält die Kraft einer Bohne.

Elektrische Götterkennung. Mittelst eines durch einen elektrischen Strom glühend gemachten Platindrathes kann Holz in künstlicher Weise durchgeglüht werden, wie Geste mit einem kalten Draht. Das Durchglühendes des Holzes geht auf diese Art viel leichter vor sich, als mit der Säge, und man erhält keine Späne, sondern nur eine glänzend angelegte Faser, welche der Säge sehr ähnlich sieht. Das Verfahren wurde seitlich in großen Ansehung, wobei die Sämlinge bis auf ein Fünftel ihres Umfanges durchschnitten und dann wie gewöhnlich zum Fellen gebracht werden. Der glühende Draht wird mit einem Bügel mit isolierten Drähten eingeklemmt und durch geeignete Vorrichtungen in dem Maße vorgeglüht, wie das Eindringen vor sich geht. Ein Baum, dessen Fällung nach der allgemeinen Methode 2 Stunden in Anbruch nahm, wurde in kaum einer Viertelstunde niedergebitt.

Seiters.

Im zoologischen Garten. Dams (vor dem Abendessen): „Wie können wohl diese wilden Tiere gelangen werden, Herr Hofmeister?“ Die sind zum größten Teil in den Gärten selbst geboren.“ „Aber ihre Eltern?“ — „Geno; zoologische Gärten kennt man ja schon seit Menschengedenken.“

Welche Anordnungen der Duellbühnen zeitig, zeigt auch folgende Mitteilung der „W. V. Volkst.“: In württembergischen Oberlande bekommt ein junger Baumeister als Revieroffizier mit einem mehr als 50-jährigen Oberförster Streit und fordert ihn zum Duell auf Säbel heraus. Dem Oberförster ist die Sache zu dünn; er lehnt ab. Unter ihm steht ein Revieramtsassistent, der gleichfalls Revieroffizier ist; an ihn ergreift die Wut, eben außerordentlich Umgang mit seinem Vorgesetzten zu meiden. So greift ein Offizier, gerichtet ein in bürgerliche Verhältnisse und erhebt weit amüßiges Wirken. Und alles, indem es sich über ein Staatsgesetz wagt! Es steht nur noch, daß jetzt sofort von militärischer Seite eine Untersuchung angestellt wird über den Fall, auf dem die Kunde von dieser Bergewaltigung an die Definitivität gelangt und daß man die Tüchtigkeit der Jura sucht; das läge so ganz in dem System. Er wird nur begierig darauf, ob sich die staatlichen Behörden diese militärische Vernehmung von Beamten ruhig gefallen lassen.

In der Pörsener Garnison sind bei dem zweiten Leibjagarenregiment Masernkrankungen ausgebrochen. Fünf- und sechshundert Mann sind pörsig erkrankt, von denen 24 im Pörsener Garnisonlazarett eingekerkert wurden. Die Krankheitsverläufe: konnte nicht festgestellt werden. — Diese Masernkrankungen unter dem Militär, von denen in der letzten Zeit wiederholt zu berichten war — Märschen — begannen nachgerade allgemeines Aufsehen zu erregen.

Die Heeresergänzung in Frankreich. Während Abz. Frhr. v. Stamm noch bei der ersten Beratung der Militärvorlage behauptet hatte, daß in Frankreich im Jahre 1892 230 000 Mann eingestellt seien, berichtet jetzt das „Frühblatt „Progrès militaire“ vom 28. Juni, wie wir die „Allg. Ztg.“ entnehmen, daß die Zahl der für militärische Verwendung in Frankreich 1892 um 20 000 Mann gegen das Vorjahr vermindert hat. Dasselbe hat im Jahre 1891 271 502, im Jahre 1890 dagegen nur 251 541 Mann betragen. Ausgegeben wurden 181 372 Mann, es traten freiwillig ein 31 795, so daß die Gesamtzahl der in das aktive Heer eingestellten nur 213 187 Mann beträgt.

Nach in Frankreich soll geparkt werden, aber in vernünftiger Weise als in Italien. In der französischen Kammer beantragte der Delegierte Beauquier, daß die Hälfte der Militärpflichtigen der Jahresklasse 1890 vom Oktober auf 6 Monate durchnäht und die Resten des Jahres 1893 zu einer 21-tägigen Übung statt zu einer 28-tägigen einberufen werden sollten. Hierdurch würde eine Ersparnis von 19 Millionen Franken erzielt, die an durch Trockenheit in Nordland getratene Landwirte verteilt werden sollen. Der Antrag wurde dem Bureau überwiesen.

München, 12. Juli. Bei der Wahl zum Landtage wurden hier 5 Liberale, 3 Republikler und der Sozialdemokrat v. Bollmar gewählt.

Mürnberg, 12. Juli. (Landtagswahl.) In Nürnberg wurden die aufgestellten vier Sozialisten gewählt.

Wochum, 9. Juli. Für die „Westfälische Volkszeitung“, die bisher unter Fusaengels Leitung stand, soll der „Rein. W. V. Ztg.“ zufolge bereits ein neuer Redakteur in der Person eines Dr. Köhne aus Berlin verpflichtet worden sein.

Unter dem antismitinnigen Schriftsteller Plac. Bobogorski, dem „Altenordner“ Mitwirkender, ist ein Streichwerk entstanden. Wegen Plac Bobogorski ist wegen Beleidigung durch die Presse die Unterjagdhaft verhängt.

Paris, 12. Juli. Der Nationalkongress der 35 Arbeitsbörsen ist heute eröffnet worden. Sämtliche Arbeitsbörsen waren vertreten.

Paris, 12. Juli. Der Nationalkongress der 35 Arbeitsbörsen beschloß ein Manifest, in welchem gegen die Maßregeln der Regierung protestiert wird und die Arbeiter aufgefordert werden, nicht an der Feier des 14. Juli teilzunehmen.

Aus Stadt und Land.

Halle a. S., 13. Juli 1893.

Und Herr Dr. Alexander Meyer war auch dabei! Die „Frant. Zeitung“ schreibt: „Der Verkehr zwischen dem Reichstagsler und den Reichstagsler scheint in den letzten Tagen recht lebhaft gewesen zu sein. In der Sonnabendbesprechung des Reichstages hat Graf Caprivi dem Abg. Ricker wohlwollend auf die Schulter geklopft, am Sonnabend hat Dr. Alex Meyer eine Unterredung mit dem Reichstagsler gehabt, den er dann in Begleitung des Abg. Barth am folgenden Tage besuchte hat. Herz was begreift Du noch mehr. Nach den trübsten Mitteilungen scheint die Juliunion doppelt hell auf den Herzen verbleibt, daß sie für die Militärvorlage entschieden haben? Wo bliebe denn sonst die Gunst der Herren Minister, in der sie jetzt mit Wollust schwelgen?

Der preussische Kultusminister hat sämtliche Regierungspräsidenten angewiesen, ihm im Falle des Eintritts Aufsehen erregender Ereignisse auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege, wie Wasserversäuerungen von Menschen infolge von Epidemien oder Vergiftungen, geschehender Verunreinigungen von Stadt oder Land u. dergl. ungesäumt Anzeige zu erstatten, und zwar unter näherer Klärlegung des Todesfalles, der Ursache des Uebels und der zu seiner Bekämpfung getroffenen Maßnahmen. — Eine gefahrbringende Verunreinigung liegt zweifellos in den Zuständen der Gerberlaale und des Mähgraben.

fr. Wahrsagt schredenerregende Zustände haben sich in Folge des immer mehr sinkenden Wasserstandes der Saale für die Anwohner, besonders der Gerberlaale, herausgebildet. Diese zeigte in den letzten Tagen stellenweise nur noch ein kaum 1/2 Meter breites schiefes Gerinne, das nur aus den Ausflüssen der in dieselbe sich ergießenden Kanäle bestand, während der größte Teil dieses Wasser, richtiger Foucherarmes der Saale, die ebenfalls brünne glänzlich fließt, nur Wober, Schlamm und Reste von allerlei faulenden

oder verfaulenden Substanzen, wie Tierkadavern, Hausmüll aller Art, Abortprodukten u. s. w. dem nerenkanten Ruigeren zur Schau legt. Während vor einigen Tagen vom Regierungspräsidenten zum Schutz gegen die Cholera eine Temperatur von 10 Grad Celsius für die zum öffentlichen Konsum gestellten Mineralwasser vorwärts geschickt wurde, entbehrt die Fäbände an der Gerberlaale bislang jeder wirkungsbewenden Beachtung seitens der Stadtbehörden. Einige Mann treiben eine Bit lang in dem Markt dieser weichen die Luft verpestenden feuchthigen Dünstwadleren herum, ohne Besentliches fördern zu können; auch dieses, allerdings fast zwofache Umherstreifen wurde auf Veranlassung des Stadtbaumeisters eingestellt, weil seitens des Leiters des Stadtbaumeisters angenommen wurde, daß die Entfernung des Schlammtrages, ohne eine entsprechende Vermischung der Luft darüber lastig dahinzuführen zu lauge, die Luft mehr verpestet würde, als es die unangefestete Lage derselben im trocknen Zustande bewirken könnte, und es wurde befristet. Seit Montag oder Dienstag — die berechtigten Anstausflüsse an der Wörthbrücke: liegen bereits bergwärts in dem vom Saalewasser abwärts entleerten Graben bis an die Zuckerberei — lichte man nun, trotz dem bereits recht fühlbar gewordenen Wassermangel in den Sammelbecken des Wasserwerkes bei Beesen, durch starke Zuführungen von Leitungswasser in die Kanäle entweder den zeitweiligen Anblick zu vermeiden oder der Stank zu mildern, was infolge der Unzulänglichkeit des Zuflusses nicht gelingen konnte, so daß die armen Menschen, deren Wohnungen an diesem Stintgraben liegen, vor Hitze und Gestank umkommen müssen — denn Fenster öffnen können diese doch nur dann, wenn sie sich als völlig Unzumutbar betrachten. — Wenn aber über kurz oder lang die Cholera ihre Entwicklung hier fände — wenn wird abdam die Schuld beizumessen sein? — Seit dem vorjährigen Ausbruch der Epidemie ist oft genug über diesen Stantgraben geschrieben und gesprochen worden, Vorschläge nach jeder Richtung hin sind aus den Reihen der Einwohner- und Anwohnerschaft gemacht worden — trotzdem ist man amtlichseits leider über Projektionen nicht hinausgekommen. — Dem Stadtordner Herrn Sanitätsrat Dr. Hüllmann empfehlen wir aber, sich jetzt die befriedigenden Zustände der Gerberlaale und ihrer Zuflüsse aus den Kanälen nicht nur gründlich zu befehen und zu bereinigen, sondern auch recht fest einzuprägen. Wir sind neugierig, ob er abdam noch für den Abbau einer Schule unmittelbar an diesem für alle so rühmlichen Wasserarm plandieren wird, wie seinerzeit, als es sich um die Maßfrage für die katholische Schule handelte. — Aber nicht nur die Gerberlaale, auch der Mähgraben entbehrt die Schauer seiner Tiefen von Tag zu Tag mehr und mehr, auch er duftet bereits in mehr als wünschenswert nerenabstumpfer Weise. Eine gründliche Ausbaggerung und Vertiefung ist auch hier nötig, ebenso die Fürsorge für die Erhaltung eines wünschenswerten Wasserstandes in abetracht des üblen Umfandes, daß der Mähgraben die gesamte Saaleunterführung der Stadt aufzunehmen hat. Es dürfte sich empfehlen, das an der sogenannten Dreierbrücke befindliche Wehr zu erhöhen, über welches jetzt noch, wo alle übrigen Stromwehre fasthoch bloßgelegt sind, das Wasser des Mähgrabens abfließt. Der Teil derselben zwischen der Klaus- und der Mähbrücke ist — seit Menschengedenken (pflegt man so sagen) nicht bebaggert worden, wie die stielich hystenden Ufer und die zu Tage tretenden Inseln zeigen. Rutsch brachten die Mäler am Mähstreden einen verwesten Herdesopf zu Tage, was andeutet, wessen man gewärtig sein kann, wenn hier einmal „geräumt“ wird. — Nachdem am Montag endlich, infolge der bis zur vollkommnen Unmöglichkeit der in der Gerberlaale entwickelten Verhältnisse, seitens mehrerer Stadtordner (siehe den gestrigen Sitzungsbericht) in teils energischer Weise eine ernstliche Inangriffnahme thatsächlicher Besserung verlangt und reichliche Mittel dazu zur Verfügung gestellt wurden, ist gestern (Mittwoch) mit circa 20 Mann eine „teilweise“ Ausbaggerung des Schlammes, die anscheinend die Bildung einer schmalen Rinne inmitten derselben bewirkt, begonnen worden. Daß bei einer so geringen Zahl von Arbeitern die Zeit der Ausbaggerung selbst einer Rinne nur, bei den schwierigen Umständen dort, wo man selbst mit den flachen Rähnen garnicht mehr vorzuehen kann, nicht abzuschätzen ist — erscheint klar. Warum werden nicht, wie in der Stadtordnerentscheidung am Montag verlangt wurde, 50, 100 oder mehr Mann dazu angestellt und der Schlamm mittels Saugwagen schneller, als es mit den kleinen Rähnen möglich, aus dem Bereich der Stadt geschafft? Es sollen — nach der magistratsamtlichen „Saalezeitung“ — „leider in jetziger Jahreszeit zu beratiger Beschäftigung Arbeitskräfte in größerer Anzahl nicht zu erlangen sein“? — Wir bezweifeln das sehr — obgleich wir aus gesundheitspolizeilichen Gründen zugeben, daß nicht jeder Arbeitelose zu solchen Arbeiten fähig ist; aber mir meinen, es käme doch auf einen öffentlichen Ruf der Stadtbaumeisters an. Wenn aber etwa, wie anzunehmen möglich ist, für solche Arbeiten ein Lohn geboten werden sollte, wie ihn den unter den gegenwärtigen Verhältnissen lebenden seitens solcher Verhältnisse ausbeutender Unternehmer zu bieten allzumehr Gelegenheit genommen wird, und der keineswegs zu solchen gesundheitsgefährlichen Tätigkeiten in einem annähernd richtigen Verhältnis steht, dann freilich würde ein Mangel an Arbeitskräften garnicht munden. — Es ist leider eine oft genug wahrzunehmende Thatsache: während auf der einen Seite ungeheure Aufwendungen in der Stadt für Lugabdinge gemacht werden, wird auf der anderen oftmals das dringlichste Notwendige zum Schutze der Gesundheit der Einwohnerseits entweder garnicht oder doch nur zögernd und ungenügend getan. Im gegenwärtigen Falle aber glauben wir im Interesse der gesamten Einwohnerseits mit aller Entschiedenheit etwas Volkommeneres, radikal Durchgreifenderes, in den Behörden fordern zu müssen. Die Verantwortlichkeit derselben ist sicherlich eine größere, als sie, nach ihrem bisherigen Verhalten, anzunehmen scheint.

Sonntagsruhe in Industrie und Gewerbe. Um gemäß einer Aufforderung des Regierungspräsidenten zu Merzbürg die über die von dem Gebote der Sonntagsruhe nach § 105 e der Gewerbeordnung vorläufig erforderliche erscheinenden Ausnahmen festzustellen, tagte gestern im Stadtordnerensaale eine Versammlung sämtlicher Mitglieder des Gewerbe-

gerichts. Es waren anwesend 21 Arbeitgeber und 18 Arbeitnehmer. Die Versammlung gelangte zu folgenden Beschlüssen. Bezüglich der Kunst- und Handwerksbetriebe wird ein Antrag der Arbeitnehmer angenommen, daß in Handwerksbetriebe u. s. w. zu gestalten sei wie im Handwerksbetriebe, während ein anderer Antrag der Arbeitnehmer, die ausschließlich in der Weinbrennerei beschäftigten Personen nur von 7-9 Uhr vormittags zu beschäftigen, zur Berücksichtigung empfohlen wurde. Bezüglich der Fleischerbetriebe beschloß die Versammlung einseitig eine Arbeitszeit von 3 Stunden vormittags vor dem Gottesdienst. Für das Konditor- und Gebäckgewerbe wurden 5 Stunden als genügend anerkannt. Es wurde aber beschloffen, dem Bäcker Ausbruch zu geben, daß eine weitere Ausnahme dahin stattdie, daß auch an Nachmittagen leicht verdauliche Konditormorenen hergestellt werden können, jedoch sollen in diesem Falle zu solchen Arbeiten nur Leute verwendet werden, die an den betreffenden Vormittagen unbeschäftigt waren. Für das Barbier- und Friseur-Gewerbe ernannte man sich ebenfalls einseitig umhin, dieselben Bestimmungen wie für das Gebäckgewerbe gelten zu lassen. Bei Wasser- und Wasserversorgungsanstalten sollen die Beschäftigten nicht über 12 Stunden betragen; ein von den Arbeitgebern gestellter Antrag auf 18 Stunden wurde abgelehnt. In Beziehung auf Vadeanstalten wurde beschloffen, eine unbeschränkte Vadezeit an Sonntagen zu gestatten, jedoch sollen Angestellte nicht länger als 12 Stunden, in Warmwasser-Vadeanstalten aber nur 8 Stunden dauern. Die Zeitbestimmung wird vorgeschrieben, bezüglich der Buchdruckereien wurde dahin entschieden, daß hier ein Vadeurlaub auf Sonntagsarbeit, mit Ausnahme von Arbeiten in Notfällen gemäß § 105 c Absatz 1 B. G. nicht vorliegt. In photographischen Anstalten soll ebenfalls fünf Stunden gearbeitet werden dürfen. Eine Zeitbestimmung fand noch nicht statt. Eine große Anzahl von Photographen wollten den ganzen Sonntag freigegeben wissen. In Kollereien, Eisfabriken und in Anstalten zur Bereitung von künstlichen Mineralwässern wurde ein Vadeurlaub auf Ausnahmestimmungen als nicht vorhanden angenommen. Zum Schluß wurde noch von Seiten der Arbeitnehmer angeregt, die nächsten Erholungsreisen zum Gewerbegebiet an einem Sonntag stattfinden zu lassen. Da seitens der Arbeitgeber dieser Antrag keinen Widerpruch erfuhr, so sieht zu hoffen, daß die nächsten Wahlen Sonntags stattfinden.

Die Zapsgegner haben die Aufmerksamkeit des Staatsanwalts erregt, wie wir bereits mitteilen konnten. Bekanntlich hat die Kriminalpolizei Nachforschungen nach einem „fliegenden Wurm“ gehalten und als Verbreiter derselben einen Gen. Brandt und einen dem Zapsgegnerverein angehörigen fähigen Wamten ermittelt. In dem erwähnten fliegenden Wurm findet die Staatsanwaltschaft, wie aus der Anklageerkenntnis hervorgeht, Vergehen gegen die §§ 110 (Aufforderung zum Ungehorsam gegen Geheiß) 111 (Aufforderung zur Begehung einer strafbaren Handlung) und 131 (Verächtlichmachung von Staatsverordnungen) des Reichsstrafgesetzbuchs.

Ein großes Fischsterben ist am Dienstag früh vor 5 Uhr in der Saale erfolgt. Die Fischleichen stak zu tausenden unterhalb der Kellwitzer Brücke: bis Trotha hin zu Tage gekommen. Ueber die Ursachen dieses ungeheuren Fischsterbens ist man noch nicht klar geworden. Es haben aber bereits beschriebliche Nachforschungen stattgefunden, ob etwa seitens industrieller Anlagen die Verschmutzung hervorgerufen wurde. Der Besitzer der Spinnerei in Giebichenstein hat sich veranlaßt gesehen, in einer längeren Aufsicht in die „Saale-Ztg.“ wegen dieses Vorgangs sich zu rechtfertigen, indem er erklärt, daß die Abwässer seiner Fabrik durchaus nicht verunreinigt in die Saale abfließen. Allerdings habe er, da das Saugrohr, mit welchem das Restwasser der Saale entnommen wird, dessen Nord seit 30 Jahren selbst in der trockensten Zeit mindestens 1 Fuß mit Wasser bedeckt war, und das infolge des niedrigen Wasserstandes hoch über denselben hinausragte, am Montag den Vertrieb der Fabrik einstellen müssen, es sei jedoch seit Sonnabend nachmittags 5 1/2 bis Dienstag früh 6 Uhr kein Abwasser seiner Fabrik in die Saale gelangt. Wohl aber behauptet er, daß in den letzten Tagen Mähgraben und Saale ein überreichendes und mit dünner Fettschicht bedecktes Wasser führten. — Seitens des Reichsphysikus Herrn Dr. Friesel angestellte Untersuchungen haben nun zu der Annahme geführt, daß in der Nacht (zum Dienstag?) unterhalb Halle größere Mengen fähiger Fischleichen der Saale zugeführt worden sind. Industrielle Establishments an der unteren Saale vom Mähgraben ab sind nur: die Raubische Fischfabrik, die Fenschische Fischerei in Halle, die Kösterische Fischfabrik hinter der Steintühle und die Raubische Spinnerei in Giebichenstein. Da die Polizei bereits auf die Richtung der Nachforschungen hinweisende Fingerzeige erhalten haben soll, dürfte eine Aufklärung der den gestrigen Fischsterben der unteren Saale bedrohenden unvernünftigen Handlungsweise hoffentlich bald zu erwarten sein. — Vor ungefähr 10 Tagen konnte man auch an der Mähbrücke am Fürtenthale eine große Zahl von Leichen größerer und mittlerer Fische, worunter auch Aale, beobachten. Ob dieselben infolge des niedrigen Wasserstandes und des schlechten Wassers des durch die Gerberlaale und die Kanäle verpesteten Mähgrabens verendet sind, oder von Fischen oder Händlern dahinein geworfen worden, vermögen wir nicht zu behaupten. — Am Dienstag abend bemerkten wir aber mehrere Arbeiter, welche mit größerer Zahl toter Fische heimwärts kehrien. Es dürfte angebracht sein, vor dem Beginn von aus dem Mähgraben und der unteren Saale herfließenden Fischen zu warnen.

Die Spinnerei in Giebichenstein hat den Betrieb wieder aufgenommen, nachdem das Spierrohr, welches dem Rest das Saalewasser zuführt, tiefer gelegt worden ist.

Raunhald, 10. Juli. In benachbarten St. Ulrich spielen am Sonntag mehrere Rauben mit Schießpulver, wobei daselbe explodiert und die Unvorsichtigen daran verletzten, daß ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. (R. C.)

Börzig, 11. Juli. Gestern wurden der hiesigen Postbezirkverwaltung mehrere aus den Krautgärten herrührende Kartoffel-

